Ausgabe für Groß-Berlin **10 Pfennig**

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 16. November 1926
Dienstag Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30–31. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979–5999. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4,35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen: **Welt und Werk * Kraft und Stoff * Wirtschaft und Recht * Weltverkehr * DAZ im Bilde**

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—: :—:

65. Jahrgang 16. 11. m **Nr. 536** 10 Pfennig

Die deutsche Front in Ostoberschlesien

Starke Wahlunterstützung durch polnische Arbeiter und Bauern

os. **Krakowitz**, 15. 11. (Eigenbericht)

Der überwältigende deutsche Wahlsieg in Ostoberschlesien, der hauptsächlich im Rybniker und Plesser Lande errungen worden ist, findet sein Hauptmerkmal darin, daß nicht etwa nur die Einwohner deutscher Zunge, sondern auch die polnisch sprechenden Arbeiter und Bauern ganz überwiegend für die Wiederkehr deutscher Ordnung und Kultur gestimmt haben.

Der Sieg hat der polnischen Presse vollkommen die Rede verschlagen. In irgendeiner nebensächlichen Rubrik werden die bedeutungsvollen Wahlen sowohl in der „Polonia" Korfantys, wie in einem üblen Krakauer Hetzblatt abgetan, und Korfanty wagt es nicht einmal, mitzuteilen, wieviel Deutsche und wieviel Polen nunmehr die Geschicke der oberschlesischen Städte und großen Industriegemeinden zu leiten haben werden.

Auf der deutschen Seite wird die außerordentliche Bedeutung dieser Wahlen auch in politischer Hinsicht keineswegs verkannt, aber es herrscht alles andere als Jubel, denn das schwerste Werk bleibt noch zu schaffen übrig: die Anerkennung des deutschen Wahlsieges und aller seiner in einem demokratischen Staate, der Polen doch zu sein vorgibt, unabweisbaren Folgen auch auf der gegnerischen Seite. Deutscherseits wird betont, daß es sich hier nicht um eine wiederholte Volksabstimmung für Deutschland oder Polen gehandelt habe, ja nicht einmal um im eigentlichen Sinne politische Wahlen, sondern darum, den Deutschen das Recht der Mitregierung und auch der Führung der Geschäfte in den Gemeindeverwaltungen mit allen Konsequenzen wiederzugeben.

Die Deutschen wollen also überall, wo sie die Mehrheit errungen haben, das Amt des Stadtverordnetenvorstehers für sich beanspruchen und in den Büros wie in den Ausschüssen gemäß ihrer Stärke beteiligt sein.

Sie wollen aber nicht, wie es die Polen getan haben, zu dem Versuche schreiten, die gegnerischen Parteien von der verantwortlichen Mitarbeit auszuschalten. Sie wollen für Ordnung im Lande Sorge tragen, die Folgen der polnischen Korruption nach Möglichkeit auszutilgen suchen und allen Ernstes den Versuch unternehmen, mit den in bisher polonisierten Magistraten gemeinsam die Geschicke der Gemeinden zu leiten.

Das große Vertrauen, das die Wähler den Deutschen ausgesprochen haben, darf nicht verscherzt werden, damit es ihnen möglich wird, künftig auch die Mehrheit im Sejm zu erringen und damit die Politik des Landes grundlegend so zu beeinflussen, daß den Deutschen gegenüber das Recht und nichts als das Recht regiert.

Abgewartet werden muß, wie der noch überwiegend polnisch zusammengesetzte Sejm sich zu dem Ergebnis der Wahlen stellen wird. Hier muß leider wieder mit dem Mißbrauch der Gewalt auf dem Wege einer korrupten Gesetzesfabrikation gerechnet werden, aber was der Sejm, was die Regierung der Wojewodschaft und die Staatsregierung in Warschau auch tun mögen: Die deutsche Front in Ostoberschlesien ist nicht mehr zu brechen.

Die in den heutigen Vormittagsstunden eingelaufenen Ergebnisse von den gestrigen Gemeindewahlen auch aus den kleineren Ortschaften Polnisch-Oberschlesiens lauten durchweg für die deutschen Listen günstig. Es ist auf der ganzen Linie ein großer Sieg der Deutschen erfochten worden, und zwar mit einer

Durchschnittsmehrheit von 60 Prozent.

Ein besonders bezeichnendes Resultat liegt u. a. vor aus der früheren Grenzstadt Myslowitz. Hier erhielt die deutsche Wahlgemeinde 3813, die Korfanty-Partei 723, die Nationale Polnische Arbeiterpartei 1164, die Polnische Sozialdemokratische Partei 1450, die Kommunisten 216 und der Polnische Bürgerblock 216 Stimmen. Ein genaueres Ergebnis liegt auch jetzt aus Königshütte vor. Hier erhielten die Deutschen 32 Mandate, die Deutschen Sozialisten sechs Mandate, der polnische Wahlblock elf Mandate und die Kommunisten zwei Mandate. In dem Ort Bismarckhütte erhielten die Deutschen eine Mehrheit von 65 Prozent. Terrorfälle sind bisher noch nicht gemeldet. Nur in einem kleinen Orte wurde die Auszählung seitens der Polen verhindert.

*

Alle Parteien des polnischen Landtags mit Ausnahme der Kommunisten und der den Kommunisten nahestehenden Unabhängigen Bauernpartei haben einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der bis zum 1. Dezember die Zurückziehung des Pressedekrets, das einstimmige Verurteilung bei der öffentlichen Meinung Polens gefunden hat, fordert. Der Antrag ist zu seiner weiteren Behandlung dem Rechtsausschuß des Landtags überwiesen worden.

Das deutsche Eigentum in Amerika

Washington, 15. 11.

Der Finanzausschuß beginnt heute seine Beratungen des Gesetzentwurfs über die Rückgabe des beschlagnahmten fremden Eigentums. Es verlautet, daß die Mehrheit prinzipiell für eine Rückgabe sei. Die opponierenden Kongreßmitglieder sprächen sich weniger gegen eine Rückgabe an sich aus, als für eine Beschränkung der Rückzahlungen, bis eine Befriedigung der amerikanischen Ansprüche erfolgt sei.

Brüssel, 15. 11. (Sonderdienst der DAZ)

Der Kronprinz und die Kronprinzessin sind Sonnabend von Brüssel nach Paris abgereist, von wo aus sie später nach Cannes weiterfahren werden.

Brand auf einem Königsberger Bahnhof

Königsberg, 15. 11.

Auf dem Gelände des Cranzer Bahnhofs in Königsberg war heute abend aus noch nicht geklärter Ursache die große Schuppenanlage hinter dem Bahnhofsgebäude in Brand geraten, die die Lokomotivwerkstatt, den Lokomotiv- und den Wagenschuppen enthielt. Da die Schuppen aus Brettern bestanden, war der ganze Komplex binnen kurzem ein Flammenmeer. Zwar gelang es, die Lokomotiven bis auf eine und eine Anzahl Personenwagen noch in Sicherheit zu bringen, doch sind 8 bis 10 Wagen dem Feuer zum Opfer gefallen. Die Schuppen brannten binnen einer Stunde vollständig nieder.

Vorzeitige Heimreise der rumänischen Königin

Ein Kabeltelegramm des Königs ruft sie nach Bukarest

New York, 15. 11. (Sonderdienst der DAZ)

Die Königin von Rumänien hat auf ein Kabeltelegramm des Königs hin die geplante Reise in die südlichen Staaten aufgegeben und wird sich bereits am 1. Dezember, statt, wie geplant, am 24. Dezember, in New York wieder zur Heimreise einschiffen.

In Chicago besuchte die Königin gestern die Synagoge. Juden aus den neu erworbenen Gebieten Rumäniens demonstrierten vor der Synagoge. Die Polizei nahm verschiedene Verhaftungen vor.

Gerüchte über eine rumänische Verfassungsänderung

x. **Bukarest**, 15. 11. (Eigenbericht)

Die durch das schlechte Aussehen des Königs bei der Parlamentseröffnung und durch unvorhergesehene Besuche von Mitgliedern der königlichen Familie hervorgerufenen Gerüchte, die in der Stadt kursieren, fanden ihren Niederschlag in einer Meldung der (averescanisch eingestellten) „Politica": Die beiden Kammern würden nach Erfüllung der notwendigen Formalitäten zur „Konstituante" erklärt werden, um das Recht zur Aenderung der Verfassung zu haben. Beabsichtigt sei die Aenderung der Thronfolge, die auf die jüngste Prinzessin Ileana und deren Nachkommenschaft übergehen solle. Prinzessin Ileana ist im Jahre 1908 geboren und noch nicht verheiratet. Die Zustimmung aller Parteien zu diesem Plan sei gesichert. Außerdem werde in die für den jetzigen Thronfolger, den fünfjährigen Mihai, eingesetzte Regentschaft die gegenwärtig in Amerika weilende Königin Marie eintreten.

Die rumänische Presse legt Aeußerungen des italienischen Generalstabschefs Badoglio, die er während seines Besuches in Bessarabien abgab, große Bedeutung bei und erhofft die baldige Ratifizierung des bessarabischen Protokolls durch Italien.

*

In Anbetracht der Eröffnung der ordentlichen Parlamentstagung begannen die deutsche und die madjarische Partei Verhandlungen mit der Regierung, um die Durchführung der ihnen seinerzeit für ihre Wahlhilfe zugesagten Versprechungen zu erreichen, die erst zum Teil eingelöst sind. In der rumänischen Presse werden Befürchtungen laut, daß es zur Bildung eines Minderheitenblocks kommen könnte. Wie ich erfahre, ist der Plan eines solchen Blocks gegenwärtig nicht aktuell, doch würde ein solcher Block den Oppositionsparteien in ihrem Kampf gegen die Regierung erwünschtes Agitationsmaterial liefern.

Mussolini und der deutsch-italienische Luftverkehr

W. T. B. meldet:

Wie wir erfahren, hat der italienische Ministerpräsident Mussolini den Direktor der Deutschen Lufthansa Wronsky, in Gegenwart des deutschen Botschafters in Rom, v. Neurath, zu eingehender Besprechung des Zusammenarbeitens von Deutschland und Italien auf dem Luftverkehrsgebiet, insbesondere zwischen der Deutschen Lufthansa und dem Aero Lloyd Italiano, empfangen. Mussolini brachte am Schluß der Besprechung die besten Wünsche für die deutsche Luftfahrt zum Ausdruck.

König Albert korrigiert den Marschall Foch

Ein Protestbrief über die Schlacht an der Yser

Brüssel, 15. 11. (Sonderdienst der DAZ)

Der König von Belgien hat an den Marschall Foch den folgenden Brief gerichtet:

„Herr Marschall! Ich habe mit Ueberraschung einen Bericht im „Matin" über eine Unterredung zwischen Ihnen und Herrn Stephan Lauzanne gelesen. Nach diesem Artikel sind Sie der Meinung, daß es im November 1914 meine Absicht gewesen sei, den Rückzug der belgischen Armee zu befehlen, wenn Sie nicht angegriffen hätten. Die Ehre der belgischen Armee verlangt, daß ich diese Version der Umstände nicht unwidersprochen hingehen lasse. Darf ich Ihnen ins Gedächtnis zurückrufen, daß am 16. Oktober, als Sie mich zum ersten Male besuchten, meine Proklamation an die belgische Armee, in der ich jeden, der den Befehl zum Rückzug geben würde, als Verräter hinstellte, schon drei Tage alt war, und daß die Armee schon kurz vor Ihrem Besuch Befehl erhalten hatte, die Linie unter allen Umständen zu halten? Es war bekanntgegeben worden, daß die drastischsten Maßnahmen gegen jeden militärischen Befehlshaber ergriffen werden würden, der die Order zum Rückzug gäbe, ganz gleich, unter welchen Umständen, und tatsächlich ist ein solcher Befehl auch während des ganzen Verlaufes der Schlacht nicht gegeben worden. Es ist wahr, daß der Chef des Generalstabes am 26. Oktober angesichts der kritischen Lage der Truppen einen Rückzug in eine weniger exponierte Stellung in Erwägung zog, aber Sie werden sich erinnern, daß ich mich diesem Vorhaben widersetzte.

All dies ereignete sich übrigens im Oktober und nicht im November. Was das Schriftstück anbetrifft, das Sie mir nach dem „Matin"-Artikel gelegentlich Ihres Besuches ausgehändigt haben, so erinnere ich mich nicht, dieses empfangen zu haben. Ich bin mir wohl bewußt, wieviel die Sache der Alliierten Ihrer Energie verdankt. Ich weiß auch, daß die Entsendung der Verstärkungen, deren wir so dringend bedurften, auf Ihre nachdrückliche Intervention bei General Joffre zurückzuführen ist. Ich halte es für meine Pflicht, Ihnen erneut unsere Dankbarkeit für Ihre unschätzbare Hilfe bei dieser Gelegenheit auszudrücken. Aber Sie, ein Marschall von Frankreich und die Personifizierung der ritterlichen Tugenden einer Nation, werden gewiß verstehen, daß es meine Pflicht ist, die schwer errungene Reputation meiner Offiziere und Soldaten aufrechtzuerhalten, deren Mut und Ausdauer letzten Endes den glücklichen Verlauf der Yserschlacht gewährleistet hat.

Ich bin, Herr Marschall, usw. gez. Albert."

a. **Paris**, 15. 11. (Eigenbericht)

Zur Erinnerung an den Waffenstillstand hatte der „Matin" vor einigen Tagen eine Unterredung mit dem Marschall Foch veröffentlicht, in der u. a. auch von den Ereignissen der ersten Kriegszeit die Rede war. Foch hatte dabei erzählt, daß er durch sein Eingreifen im November 1914 einen Rückzug der Engländer und Belgier in der Schlacht an der Yser verhindert habe. Er habe damals mit dem englischen Marschall French und mit dem belgischen König eine Zusammenkunft gehabt und habe ihm schriftliche Ratschläge zurückgelassen, in deren Verfolg die Rückzugspläne aufgegeben worden seien.

Marschall Foch hat die Journalisten, die ihn über diesen Brief des Königs Albert näher befragen wollten, nicht empfangen und bemerken lassen, daß er „für den Augenblick" nichts zu sagen habe.

Der politische Vorstoß des Ministers Marin

Zukunftspläne der Rechten

a. **Paris**, 15. 11. (Eigenbericht)

Die Rede des Pensionsministers Marin, über die bereits berichtet worden ist, erregt in der französischen Oeffentlichkeit weiterhin großes Aufsehen und ist auch außenpolitisch nicht ohne Interesse. Marin ist bekanntlich der Führer der „Republikanischen Vereinigung", einer großen rechtsstehenden Parteigruppe, die früher den Kern des Nationalen Blocks bildete und jetzt den rechten Flügel der Regierungskoalition darstellt. Die überraschend scharfen Angriffe, die Marin nun gegen die alte Kartellpolitik und besonders gegen die Radikalen richtete, mit deren Vertreter er im Kabinett Poincaré zusammensitzt, haben auf der Linken begreiflicherweise lebhafte Entrüstung erregt und sind in der Tat mit einer Politik der nationalen Einigkeit nur schwer in Uebereinstimmung zu bringen. Die Frage ist, ob man in der Rede Marins nur einen Familienzwist innerhalb der Regierungsparteien zu erblicken hat, oder ob im Gegenteil hinter diesem überraschenden Vorstoß bestimmte politische Pläne der Rechten gesucht werden müssen. Es fehlt nicht an Anzeichen, die auf das letztere hinzuweisen scheinen und die zu der Annahme berechtigen, daß die Rechtsparteien zu einer großen Abrechnung mit den Radikalen und der von ihnen seit den Wahlen 1924 getriebenen Kartellpolitik sich vorbereiten. Die Erfolge der Poincaréschen Finanzverwaltung, deren letzte Auswirkungen sich gewiß noch nicht überblicken lassen, deren bisherige Resultate aber alle Erwartungen übertreffen, haben in der Oeffentlichkeit den Boden für derartige Pläne der Rechten nicht ungünstig vorbereitet. Der vollkommene Umschwung in den Währungsverhältnissen, der mit dem Erscheinen Poincarés einsetzte, redet eine viel zu deutliche Sprache, als daß sich der Mann auf der Straße der Wirkung entziehen könnte, und die Hilflosigkeit der radikalen Führer, die in der Politik Herriots ihren Gipfelpunkt erreichte, wird durch die Entwicklung der Dinge in fast grausamer Weise beleuchtet. Die Radikalen sehen sich augenblicklich infolge dieser Verhältnisse durchaus in eine Verteidigungsstellung gedrängt, und die Rede Marins ist zum mindesten ein Beweis dafür, daß man auf der Rechten entschlossen ist, sie diese Tatsache ohne jede Schonung fühlen zu lassen. Darüber hinaus wird man die Rede Marins als einen Beweis dafür betrachten können, daß die Rechtsparteien ihre Mitarbeit im Kabinett Poincaré nur als ein Uebergangsstadium betrachten und daß sie schon jetzt die Wahlen für 1928 vorzubereiten beginnen, in der Hoffnung, dann ohne die Hilfe der Linken die Regierung übernehmen zu können.

Die außenpolitische Rückwirkung dieser Entwicklung

liegt auf der Hand. Sie liegt nicht nur in der immer stärker werdenden Stellung Poincarés gegenüber dem linken Flügel, sondern vor allem in der Gefahr, daß Poincaré selbst noch weiter nach rechts gedrängt wird. Man braucht nicht anzunehmen, daß sich das bei der Behandlung der schwebenden Einzelfragen bereits bemerkbar macht, aber auf der anderen Seite dürfte es für Briand nicht ganz leicht sein, sich den Einflüssen dieser veränderten Atmosphäre zu entziehen.

In den Wandelgängen der Kammer ist die Rede des Ministers Marin heute eifrig besprochen worden. Der radikalsozialistische Abgeordnete Hulin hat zu dieser Sache bereits eine Interpellation beim Sekretariat der Kammer eingebracht. Andererseits hat der Exekutivausschuß der Radikalen Partei für morgen eine Sitzung anberaumt, in der die von den radikalen Ministern einzunehmende Haltung in dieser Frage festgelegt werden soll. Man sagt, daß der Landwirtschaftsminister Queuille von seinen politischen Freunden beauftragt worden sei, vom Ministerpräsidenten eine Erklärung zu verlangen. Gut informierte Beurteiler wollen wiederum wissen, daß Poincaré seinem Kollegen Marin bereits Vorhaltungen gemacht habe und daß die Angelegenheit in dem morgigen Ministerrat zur Sprache kommen würde.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Entscheidung im Bergarbeiterstreik

Das Wettrennen nach dem täglichen Brot

ex. **London**, 15. 11. (Eigenbericht)

Die Abstimmungen in den Bergarbeiterbezirken über die Annahme der Regierungsvorschläge haben heute begonnen. Der Exekutivrat für den Bezirk Südwales hat der Annahme zugestimmt. Die Entscheidung ist um so wichtiger, als die Bezirksdelegierten von Südwales am Sonnabend in London gegen die Annahme gestimmt haben. Das Ergebnis der Urabstimmung in Südwales steht allerdings noch aus. Die bisherigen Teilresultate sind für Annahme. Für Annahme haben ferner gestimmt: die Bezirke Warwickshire und Yorkshire. In Nottingham, das in der vorigen Woche schon kapituliert hat, finden morgen bereits Verhandlungen mit den Unternehmern statt.

Das bevorstehende sichere Ende wirkt sich in einer vermehrten Rückkehr zur Arbeit aus. Da auf jeden Fall rund 300 000 Bergarbeiter nicht wiedereingestellt werden, versuchen die Leute, sich ihre Arbeitsstellen rechtzeitig zu sichern. Heute sind mehr als 336 000 Arbeiter in den Gruben.

Die Lage stärkt die Position der Unternehmer, die gar kein Interesse an Distriktverhandlungen haben. Die Gruben erklären, daß es nach wie vor jedem Arbeiter freistehe, zu den von den Unternehmern angeschlagenen Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen. Da diese Bedingungen nicht gegen den sogenannten Standardvertrag des Baldwinschen Entwurfes verstoßen, ist es für die lokalen Gewerkschaften auch nicht möglich, an das versprochene Schiedsgericht zu appellieren, das keine Zuständigkeit in der Frage der Arbeitszeit hat.

Riga, 15. 11. (Sonderdienst der DAZ)

Der Rote Gewerkschaftskongreß hat dem englischen Streikfonds eine weitere Rate von 50 000 Rubeln überwiesen.

Der Aufruhr in Java niedergeschlagen

Haag, 15. 11. (Sonderdienst der DAZ)

Nach den letzten Nachrichten aus Java sind die Behörden die Herren der Lage. An verschiedenen Stellen wurde die Bewegung durch die lokalen Militär- und Polizeistreitkräfte im Keime erstickt. Zum Fehlschlagen des Aufstandes trug die Tatsache bei, daß der holländische Regierungsvertreter in Pekalongan am 11. November aus einem abgefangenen Chiffrebrief Kenntnis von der Bewegung für den 13. November erhielt. Die Kommunisten leisten jetzt gegen die in verschiedene Teile des Landes entsandten kleinen Militärabteilungen keinen Widerstand mehr. Nur in Petir kam es zu einem Zusammenstoß, bei dem vier Kommunisten getötet wurden.

Räuberkrieg in Illinois

New York, 15. 11. (Sonderdienst der DAZ)

Der Bürgermeister von Herrin hat den Gouverneur von Illinois gebeten, in Südillinois ein militärisches Standgericht zu errichten, um mit den Räuberbanden fertig zu werden, die unter sich einen regelrechten Krieg entfesselt haben. Außerhalb Herrins wurde gestern wieder eine Leiche aufgefunden. Von einem Flugzeug warfen Räuber drei Bomben auf eine „Festung", in der sich die gegnerische Bande verbarrikadiert hatte. Keine von den Bomben explodierte. Der Gouverneur von Illinois hat den Antrag des Bürgermeisters abgelehnt, da nach der Verfassung die Verhängung des Kriegsrechtes nur möglich ist, wenn die Zivilbehörde völlig zusammengebrochen sei, was seiner Ansicht nach nicht der Fall sei. Der Bürgermeister hat diesen Standpunkt nicht anerkannt und dem Gouverneur brieflich mitgeteilt, daß jede zivile Autorität machtlos sei. Kein Staatsanwalt, der den Versuch machen würde, die Räuber zu verfolgen, würde am Leben bleiben.

Nachrichten vom Dodekanes

Athen, 15. 11. (Sonderdienst der DAZ)

Reisende aus dem Dodekanes berichten, daß sich die Reibungen zwischen den Inselbewohnern und den italienischen Behörden zunehmen. Die Italiener haben die Entfernung griechischer Gemälde und Flaggen angeordnet. Es kam zu zahlreichen unangenehmen Zwischenfällen. Deportierungen und Verhaftungen dauern an.

*

Eine militärische Eskorte ist nach Kreta abgereist, um General Pangalos aus dem Gefängnis in Jdziddin nach Athen zu transportieren, wo er vor dem Obersten Gerichtshof gehört werden soll.

Ausschreitungen bei den bulgarischen Provinzialratswahlen

Sofia, 15. 11. (Sonderdienst der DAZ)

Gestern fanden im ganzen Lande die Provinzialratswahlen statt, wobei es an mehreren Orten zu ernstlichen Ruhestörungen kam. In den Städten haben die Regierungsparteien nur etwa ein Drittel der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Es ist aber wahrscheinlich, daß die Resultate aus den ländlichen Gegenden, die zur Stunde noch nicht bekannt sind, für die Regierung günstiger sind. In sieben Distrikten wurden Anhänger der demokratischen und agrarischen Parteien vielfach tätlich angegriffen.

Rückreise Ruschdy Beys

Riga, 15. 11. (Sonderdienst der DAZ)

Ruschdy Bey ist nach dreitägigem Aufenthalt in Odessa an Bord des Kreuzers „Hamidieh" wieder abgereist. Unter den zahlreichen Vermutungen über den Grund der Zusammenkunft ist auch die aufgetaucht, daß Ruschdy Bey es für nötig hielt, Tschitscherin über gewisse konkrete Vorschläge zu informieren, die die Türkei von interessierten europäischen Staaten in der Frage des Eintritts in den Völkerbund erhalten hat. Vor seiner Abreise erließ Ruschdy Bey eine Erklärung, daß die Türkei den Westmächten keinerlei Vorrechte einräumen würde, die sie nicht auch den östlichen Nationen einräumt.

Arbeiter und Wirtschaftskonferenz

Rede des holländischen Arbeiterführers Oudegeest

sch. **Genf**, 15. 11. (Eigenbericht)

Der holländische Arbeiterführer Oudegeest hielt heute abend vor den hiesigen Pressevertretern in Fortsetzung der vormittägigen Ausführungen seines Kollegen Jouhaux einen Vortrag über die Stellungnahme der Arbeiterschaft zur Weltwirtschaftskonferenz. Er erinnerte daran, daß die Arbeiter bereits 1919 eine gerechte Verteilung der Rohstoffe, 1920 die internationale Regelung der internationalen Schulden verlangt haben. Heute wollten sie besonders Beschaffung von Arbeit, hielten dies aber für schwierig, weil die Verbrauchskrise nicht gelöst sei, was nicht geschehen könne, wenn die Kaufkraft der Massen nicht gehoben werde; dies hänge aber von der Stabilisierung des Geldes ab, in deren Folge das Dumping der Länder mit schlechtem Geld verschwände.

Trusts und Kartelle hielten die Arbeiter für die Entwicklung der Industrie für nützlich.

Es bestünden aber Gefahren für die Verbraucher, denen die Preise diktiert werden könnten. Die Arbeiter seien also nicht gegen die industrielle Entente, sie wollten aber Garantien für die Verbraucher. Die Zollmauern müßten verschwinden, was natürlich nicht sofort geschehen könne. Aber die bestehenden Tarife schädigten Erzeuger und Verbraucher, und damit ganz Europa. Wanderungen der Arbeitslosen müßten erleichtert werden, indem man sie dorthin dirigiere, wo eben Arbeit zu finden sei. So könnten Hunderte Millionen Goldfrank für Arbeitslose erspart werden.

Die Frage eines Amerikaners, ob Oudegeest seine Forderungen auch auf Amerika ausdehne, bejahte der Arbeiterführer. Den Einwand des Amerikaners, daß in Amerika Ueberproduktion bestehe, lehnte Oudegeest ab unter Hinweis auf den mit einer wirklichen Ueberproduktion unvereinbaren europäischen Unterverbrauch und auf den Umstand, daß man die Bodenproduktion z. B. Dänemarks mit 23, Hollands mit 18 und Amerikas bloß mit neun Einheiten berechne. Es müßten also an alle Länder, auch an Südamerika, Sibirien usw. Arbeiter abgegeben werden können. Die Propaganda in diesem Sinne werde fortgesetzt werden.

*

Im Anschluß an die bereits wiedergegebene Rede Theunis' hatte der französische Gewerkschaftssekretär Jouhaux folgende

fünf Fragen der Arbeiter und Verbraucher

in den Vordergrund gestellt: Stabilisierung der Währung, Eingreifen gegen die Erschwerungen im Welthandel, industrielle internationale Ententen, Organisierung der Arbeiterwanderungen und Schaffung eines ständigen Wirtschaftsorganismus. Dieser könnte fünf Gruppen enthalten: 1. Industrie, 2. Landwirtschaft, 3. Finanz, 4. Arbeit, 5. Verbrauch (arbeiten soll er in periodischen Versammlungen, so im Völkerbund und in der Arbeiterorganisation). Die Kommission nimmt von den Ausführungen Jouhaux' Kenntnis. Der Gedanke eines ständigen Wirtschaftsorganismus, also gewissermaßen eine dritte internationale Körperschaft, wie Völkerbundssekretariat und Internationales Arbeitsamt, scheint österreichischen Ursprungs zu sein.

Kopenhagen, 15. 11. Der König empfing heute im Amalienborg-Palais den neuen deutschen Gesandten v. Hassel, der sein Beglaubigungsschreiben überreichte. Unmittelbar darauf wurde der Gesandte von der Königin empfangen.

Amerikanischer Funkdienst

New York, Devisen- und Geldmarkt

Devisenkurse von 4 Uhr nachmittags

	15. 11.	13. 11.		15. 11.	13. 11.
Tägl. Geld	4¼ %	4¼ %	Lond. 60T.	4,80¾	4,80 9/16
Bankakzepte (90 Tage) B	3¾ %	3¾ %	Paris	3,36	3,30½
do. do. G	3⅝ %	3⅝ %	Brüssel	13,94	13,92
Pa. Handelsw. niedr. Kurs	4¼ %	4¼ %	Amsterd.	40,00	40,01
do. höchster	4¼ %	4½ %	Zürich	19,29	19,29
Berlin Mittelk.	23,75	23,74½	Oslo	25,00	25,03
„ bez.	—.—	—.—	Kopenh.	26,65	26,69
London			Prag	2,96⅛	2,96⅛
Kabel Tr.	4,85⅛	4,85 1/16	Rom	4,11½	4,14
			Madrid	15,15	15,16
			Silber	54⅛	54⅛

New Yorker Börse

	15. 11.	13. 11.		15. 11.	13. 11.
4% St. Louis Prior.	84¼	84⅜	7% Rep. Dawes Anl.	105¼	105½
6% do. cum. Mrt. Bd.	99	99	6½ Berl. Stadt 25	97½	96⅞
Baltimore & Ohio	103⅝	103½	7 Bremer Anleihe	101⅞	102⅛
Canad. Pacific	164½	164	6½ Bayr. Staatsanl.	97½	97
Chesapeake Ohio	163½	162½	7 Dt. Kom. Verb. 47	99	99⅜
Chic. Milwauk.	8⅝	8⅝	7 Rentenbk. Kredit	99⅞	100
Erie	38⅞	39	7 Oest. Völkerbd.	101⅞	101½
Missouri Pac. preff.	89	89	7 Franz. Gold 49	96	95⅞
Pennsylvania	56½	56⅜	5 Mex. Ausl. v. 99	—	43⅞
Reading	87⅞	87⅞	4 Mex. Gold v. 04	28	28½
Southern Pacific	106⅝	107¼	8 Poln. Ausl. 50	91⅞	91½
Union Pacific	163	163	6½ A. E. G. 1945	114½	114⅞
American Can	51⅞	51½	6½ Elektrowerke 50	97½	96⅞
Anaconda	49⅛	49	7 Fried. Krupp 29	101	100½
Bethl. Steels	44⅞	44⅞	7 GuteHoffnungsh.	96⅛	96⅛
Gen. Electr. neue A.	82½	83⅛	7½ Rh.-Elbe-Union	114⅛	114⅞
General Motors	147⅞	146	7 Rh. W. El. 1950	100½	100½
Intern. Harvester	133½	133⅜	7½ Leonh. Tietz	107⅞	104½
Standard Oil N. J.	42⅞	42	7 Sächs. Wke. 45	101⅞	101½
Studebaker	50⅛	50⅜	7 Siem. u. H. 1928	100⅞	101
U. S. Steel Corp.	152½	149½	7 Aug. Thyssen	—	101⅞
Gillette Safety Raz.	91	90	6½ Ver. Stahlw. A. G.	98⅜	98⅜

New York, Produktenmarkt

	15. 11.	13. 11.		15. 11.	13. 11.
Kaffee Santos l.	20⅞	20⅞	Weissblech	5,50	—.—
„ Rio loko	16 9/16	16 9/16	Bessemer Stahl	35,50	—.—
„ Dezbr.	15,85	15,80	Schmalz West.	12,55	12,60
„ März	15,35	15,25	Talg extra lose	7⅜	7⅜
„ Mai	14,80	14,75	Bw. Saatöl loko	7,80	7,90
„ Juli	14,35	14,30	„ Dez.	7,85	7,92
„ Septbr.	13,78	13,74	Petroleum Cases	19,15	19,15
Baumwolle loco	13,00	12,90	„ Tanks	8,75	8,75
„ Dezbr.	12,53	12,50	„ Stand wh.	15,75	15,75
„ Januar	12,63	12,59	Pennsylv. Rohöl	3,40	3,40
„ März	12,82	12,80	Zucker Dezbr.	2,76	2,79
„ Mai	13,02	12,98	„ Januar	2,81	2,84
Zufuhr	794 000	67 000	„ März	2,80	2,82
Kupfer elektr.	13,80	geschlossen	Kautsch. crepe	41⅛	41½
Zinn	70,50		„ sheet	41⅛	41⅜
Blei	8,00		Terpentin	91	92½
Zink	7,25		„ Savannah	84½	86
Eisen	20,00		Baumw. N. Orl.	12,61	12,61

	15. 11.	13. 11.		15. 11.	13. 11.
Weizen, rot.	148⅜	148½	Mehl, Sp.	7,00—7,35	7,00—7,35
Hartwinter	151⅛	150⅞	Getrfr. Engl.	7/0—7/6 sh	7/0—7/6 sh
Mais	84⅛	82⅞	Kontinent	30—35 cts	30—35 cts

Chicago, Produktenmarkt

	15. 11.	13. 11.		15. 11.	13. 11.
Weizen Dez.	136⅜	135⅞	Schmalz Januar	11,67½	11,72½
„ Mai	141⅛	140⅞	Rippen Januar	12,25	12,28
Mais Dez.	69⅜	68⅞	Speck	13,00	13,00
„ Mai	78⅞	77⅞	Leichte Schweine niedr.	11,40	11,25
Hafer Dez.	41⅞	41⅞	Leichte Schweine höchst.	11,80	11,65
„ Mai	46⅛	45⅞	Schwere Schweine niedr.	11,50	11,50
Roggen Dez.	93⅞	94⅛	Schwere Schweine höchst.	11,95	11,80
„ Mai	100⅞	101½	Zufuhr Chicago	35 000	7 000
Schmalz Dez.	11,62½	11,70	Zufuhr Westen	115 000	35 000

Vereinfachung der Berliner Stadtverfassung

Von einem führenden Kommunalpolitiker erhalten wir die folgenden beachtenswerten Vorschläge zu der seit langer Zeit erörterten Frage der Umgestaltung der Berliner Verwaltung. Eine eigene Stellungnahme behalten wir uns vor.

Die Erkenntnis ist allgemein, daß das politische und wirtschaftliche Leben Deutschlands nur nach Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung gesunden kann. Wer dabei mithelfen will, darf nicht vor seiner eigenen Tür haltmachen. Auch die kommunale Organisation von Groß Berlin muß genauestens daraufhin geprüft werden, ob sie den Erfordernissen einer vereinfachten Stadtverwaltung entspricht.

Das preußische Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. April 1920 hat einen zweigliedrigen Organismus geschaffen. Berlin hat eine zentrale Verwaltungsbehörde und 20 Bezirksverwaltungsbehörden. Die zentralen Organe sind der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung. Bezirksorgane sind die Bezirksämter und die Bezirksversammlungen. Die Arbeitsgebiete der Zentral- und der Bezirkskörperschaften werden in der Regel durch Ortssatzungen voneinander abgetrennt, die nach Anhörung der Vorsitzenden der Bezirksämter entweder durch übereinstimmenden Beschluß der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats oder lediglich durch Magistratsbeschluß erlassen werden. Der Magistrat hat gegenüber den Bezirksämtern ein Anweisungsrecht, soweit es sich um Geschäfte der zentralen Verwaltung handelt, und ein Kontrollrecht, soweit es Angelegenheiten des Bezirks sind.

Dieser Dualismus der Berliner Verwaltung führt naturgemäß oft zu einem Parallelarbeiten und damit nicht selten zu einem Gegeneinanderarbeiten der Zentralverwaltung und der Bezirksverwaltungen. Ihn gänzlich zu beseitigen, ist nicht möglich, da sich in einer Viermillionenstadt die Trennung zwischen zentraler Anordnung und örtlicher Ausführung meist nicht vermeiden läßt. Es bleibt zu prüfen, ob eine Vereinfachung der beiden Instanzen in Frage kommt. Die zentrale Instanz zählt 12 besoldete und 12 unbesoldete Magistratsmitglieder sowie 225 Stadtverordnete. Die Bezirksinstanzen zählen zurzeit insgesamt 110 besoldete und 107 unbesoldete Bezirksamtsmitglieder sowie 780 Bezirksverordnete. Schon aus der zahlenmäßigen Gegenüberstellung ergibt sich, daß eine Vereinfachung greifbare Erfolge nur in der Bezirksinstanz haben kann.

Auch der Standpunkt der Selbstverwaltung zwingt zu dieser Folgerung. Selbstverwaltung ist Verwaltung unter eigener Verantwortlichkeit. Eigene Verantwortlichkeit ist aber ohne eigene Finanzhoheit in Wahrheit nicht vorhanden. Die Bezirke können eine eigene Steuerhoheit und eine eigene Haushaltshoheit nicht haben und besitzen sie auch nicht; denn der Sinn und der Zweck der Einheitsgemeinde Berlin besteht ja darin, eine einheitliche Steuer- und Finanzwirtschaft innerhalb Groß Berlins herzustellen. Hieraus folgt, daß die Verwaltung der Bezirke niemals Selbstverwaltung sein kann. Das bestehende Gesetz hat diese Tatsache verkannt, als es eine innerlich unmögliche Selbstverwaltung der Bezirke äußerlich einrichten wollte. Die Folge des gesetzgeberischen Mißgriffs ist, daß innerhalb der Bezirke vielfach die Tüchtigkeit der Bezirksverwaltung danach gemessen wird, was diese aus dem Topf der zentralen Kämmerei herauszuholen versteht. Der Grundgedanke der gemeindlichen Selbstverwaltung, daß die eine Ausgabe bewilligende Gemeindevertretung auch die entsprechende Steuerlast zu spüren bekommt, kann in den Bezirksverwaltungen nicht verwirklicht werden. Auch der Vorschlag, den Bezirken eine Pauschalsumme zur eigenen Haushaltsbewirtschaftung zu überweisen, hilft nicht; er läßt sich praktisch niemals durchführen. Die Aufgaben und Ausgaben einer städtischen Verwaltung sind etwa zu 80 % durch Gesetz und von Natur festgelegt. Es würde der Stadt unmöglich sein, zwangsläufige Aufgaben eines Bezirks unerfüllt zu lassen, weil dieser seine Haushaltsmittel leichtsinnig aufgebraucht hat.

Die jetzige Organisation der Bezirke stimmt nicht mit der Tatsache überein, daß die Bezirke keine eigene Selbstverwaltung haben können. Die öffentliche Kritik richtet sich mit Recht in erster Linie gegen die Beibehaltung der Bezirksversammlungen. Die Aufgaben, die das Gesetz Groß Berlin den Bezirksversammlungen zugedacht hat, rechtfertigen ihr Weiterbestehen nicht. Die Bezirksversammlung ist eine Beschlußkörperschaft, die in Wirklichkeit gar nichts zu beschließen hat. Da die Bezirksverwaltungen hauptsächlich reine Ausführungsinstanzen sind, die Ausführung aber dem Bezirksamt obliegt und natürlich auch obliegen muß, bleibt für die Bezirksversammlung, was durch die tatsächlichen Verhältnisse bewiesen ist, nur ein luftleerer Raum.

Die nach Fortfall der Bezirksversammlung erforderliche Neuorganisation der Bezirke müßte so gestaltet sein, daß einerseits die örtlichen Bezirksinteressen gewahrt sind, und daß andererseits die Bezirksverwaltungen so fest in die zentrale Verwaltung eingegliedert werden, wie es die finanzielle Alleinverantwortlichkeit der zentralen Körperschaften verlangt.

Vorschläge wären:

I. An die Stelle der Bezirksämter treten Verwaltungsausschüsse, deren Mitglieder aus den innerhalb des Bezirks gewählten Stadtverordneten bestehen oder auf Vorschlag dieser entsprechend dem Stimmenverhältnis, das bei der letzten Stadtverordnetenwahl für den Bezirk festgestellt worden ist, durch die Stadtverordnetenversammlung aus der Bezirkseinwohnerschaft gewählt werden. Der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses hat erweiterte Befugnisse eines Bezirksbürgermeisters und wird auf Vorschlag des Verwaltungsausschusses von